

Grundsteuer: CSU-Antrag fällt durch

Bad Füssinger CSU will, dass Gemeinde verspricht, dass es für Bürger nicht teurer wird – Gemeinderat lehnt ab

Von Markus Gerauer

Bad Füssing. Bürgermeister Tobias Kurz sprach etwas süffisant von „Doppelmoral“. CSU-Ortsvorsitzender und Gemeinderat Daniel Lorenzer beharrte darauf, „dass die Gemeinde auch mal ihrer Zeit voraus sein und ein positives Signal senden könnte“. Und Alois Brenzinger wiederum wurde die in seinen Augen unnötige Diskussion dann doch zu bunt. Er stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass jetzt ausdiskutiert sei und endlich abgestimmt werden sollte.

Was bei der jüngsten Sitzung des Bad Füssinger Gemeinderats mit nüchternen Informationen von Kämmerer Lothar Gottschaller recht sachlich begann, artete im weiteren Verlauf in eine doch etwas hitzigere Diskussion aus, bei der die Emotionen teilweise hochkochten. Der Auslöser: ein Antrag der Bad Füssinger CSU zur Grundsteuerreform. Das An-

liegen der Christsozialen im Kurort: Die Bürger und Unternehmen sollen durch die Neuberechnung der Steuer ab 2025 nicht zusätzlich belastet werden.

Die Grundsteuerreform, die 2025 wirksam wird – auf den ersten Blick und zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich kein Thema, mit dem sich ein Gemeinderat zu befassen hat. Was es grundsätzlich damit auf sich hat, das erklärte Kämmerer Lothar Gottschaller dem Gremium in der jüngsten Sitzung. Grundlage für die Reform sei ein Urteil des Bundesverfassungsgericht, dass die bisherige Berechnung verfassungswidrig und damit zu ändern sei. Der Bund habe reagiert, das Gesetz geändert, für die Bundesländer aber eine sogenannte „Öffnungsklausel“ verankert. Heißt nichts anderes, als dass die einzelnen Bundesländer ihre eigenen Grundsteuergesetze erlassen können.

Der Freistaat Bayern habe das laut Gottschaller getan. Zentraler Punkt: „Grundstücke werden nun

wertunabhängig bewertet“, so der Bad Füssinger Kämmerer. So sei künftig ein Steuerbetrag von 4 Cent pro Quadratmeter Grundfläche und ein Betrag von 50 Cent pro Quadratmeter Wohnfläche zu zahlen. Nicht von dieser Regelung betroffen seien land- und forstwirtschaftliche Flächen.

Die Daten zur Berechnung der Grundsteuer seien noch heuer von den Eigentümern ans Finanzamt zu übermitteln, 2025 greife dann die Neuregelung für die Bürger. 2024, so Gottschaller, werde sich die Kommune mit den Hebesätzen für die Grundsteuer befassen. Denn die Hebesätze seien die einzige Einflussmöglichkeit der Gemeinde bei der Grundsteuer.

Auslöser für diesen Steuer-Exkurs Gottschallers war ein Antrag der CSU. In diesem heißt es: „Angesichts der bevorstehenden Grundsteuerreform ist es uns ein dringendes Anliegen, für die betroffenen Bürger der Gemeinde Bad Füssing eine finanziell tragfähige Lösung für eine faire Berechnung der Grundsteuer für die

Zukunft festzumachen. Stand heute ist mit erheblichen Mehrausgaben, höherer finanzieller Belastung (vor allem jetzt nach Corona) für die Bürger und Unternehmen am Ort zu rechnen.“

Daraus leitet die CSU folgenden Antrag ab: „Die Verwaltung möge sich bitte positionieren, dass sich die Umstellung der Grundsteuer im Durchschnitt nicht zu einer mehr- bzw. zusätzlichen Belastung für die Bürger und Unternehmen am Ort entwickelt. Der Gemeinderat möge beschließen, die Berechnung der Grundsteuer (gegebenenfalls insbesondere über den Hebesatz) für Bad Füssing in der Art anzupassen, dass die Grundsteuer für Bürger und Unternehmen künftig gleich wie in der Vergangenheit bleibt und keine finanzielle Zusatzbelastung entsteht.“

„Ich habe den Antrag mit einem Schmunzeln zur Kenntnis genommen“, eröffnete Bürgermeister Tobias Kurz die Diskussion. Vor einigen Sitzungen habe die CSU der Verwaltung vorgeworfen, dass

man mit unnötigen Themen die „wertvolle Zeit des Gemeinderats verschwende“. Und nun komme dieser Antrag. Der sei völlig verfrüht, da man frühestens 2024 über die Hebesätze diskutieren könne. Er warf der CSU in diesem Punkt „Doppelmoral“ vor.

Das wiederum wollte Daniel Lorenzer nicht auf sich sitzen lassen. „Ist denn der Gemeinde die Tragweite dieser Grundsteuerreform nicht bewusst? Wir wollen doch nur den Geldbeutel der Bürger schützen.“ Den Vorwurf, mit dem Thema zu früh dran zu sein, konterte Lorenzer: „Man kann doch auch mal seiner Zeit voraus sein.“ Sich hier als Gemeinde klar zu positionieren, dass es in Sachen Grundsteuer in Bad Füssing für Bürger und Unternehmen nicht teurer wird, das sei ein positives Signal.

Grummeln im Gremium. Recht sinnvoll schien der Antrag der Mehrheit des Gemeinderats nicht. Walter Grahl kleidete die Beden-

ken in Worte: „Wir müssen uns doch jetzt nicht über was unterhalten, das erst 2024 relevant wird.“ Und Bürgermeister Kurz ergänzte: „Der eine wird durch die Neuberechnung besser fahren, der andere schlechter. Wir können doch den Bürgern jetzt nicht pauschal versprechen, dass es für sie bei der Grundsteuer keine Mehrbelastungen gibt.“ Doch, das könne man, wenn man nur wolle, hakte Lorenzer erneut nach: „Das ist ein positive Signal. Das hat auch was mit Marketing zu tun.“

Unmutsäußerungen und Gelächter im Gremium. Schließlich platzte Alois Brenzinger der Krage angesichts der Diskussionen um des Kaisers Bart. Ruhig aber bestimmt sagt er: „Ich stelle einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass jetzt in diesem Punkt ausdiskutiert ist und wir endlich abstimmen.“ Antrag einstimmig angenommen. Dann die Abstimmung zum CSU-Antrag. Der fiel mit 14 zu 5 Stimmen durch.